Natur- und Umweltschutz brauchen Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft

Eine intakte Umwelt ist keine Selbstverständlichkeit – und Demokratie auch nicht. Beides hat Bestand, wenn Menschen sich dafür engagieren. Als Umweltverband treten wir dafür ein, dass Menschen sich aktiv für den Schutz ihrer Umwelt einsetzen, sich einbringen und gemeinsam Veränderungen erreichen. Wir weisen auf Probleme hin und setzen uns für Lösungen ein. Das verbindet uns mit unzähligen engagierten Menschen in allen Bereichen der Zivilgesellschaft.

Demokratie bedeutet mehr als alle paar Jahre wählen zu gehen. Demokratie lebt vom Mitmachen. Genau dafür schaffen wir als Umweltverband Räume und Möglichkeiten. Ob in der Ortsgruppe, bei Aktionen, in Bürgeranhörungen oder bei gemeinsamen Projekten: Wir schaffen Orte, an denen Menschen zusammenkommen, diskutieren und gemeinsam Ideen entwickeln und umsetzen. Das ist gelebte Demokratie. Mit diesem Engagement tragen wir als BUND dazu bei, das Leben vieler Menschen in diesem Land zu verbessern. Von Repaircafés über den Schutz von Bäumen, Flüssen und Lebensräumen gefährdeter Tiere als Teil unserer Lebensgrundlage bis hin zu Demonstrationen für Klimaschutz: Unser Engagement macht uns stolz. Und es macht Mut für die aktuellen Herausforderungen.

Als BUND unterstützen wir keine Partei, wir sind ein unabhängiger Verband. Aber wir beziehen klar Stellung für die Grundlagen, die unsere Arbeit überhaupt erst möglich machen: eine freie, lebendige und rechtsstaatliche Demokratie. Deshalb setzen wir uns ein gegen alle Kräfte, die die Demokratie gefährden. Das ist gerade jetzt umso wichtiger, da die Zivilgesellschaft von rechtsextremen, rechtskonservativen und autoritär-populistischen Kräften angegriffen wird.

Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie die Kommunalwahlen in Niedersachsen zeigen erneut, wie stark rechtsextreme Positionen und Akteure geworden sind. Sie betrachten die Zivilgesellschaft und Verbände wie den BUND als Feinde, die sie mit allen Mitteln bekämpfen. Rechtsextreme versuchen, Aktive des BUND und anderer Organisationen einzuschüchtern, im digitalen Raum und konkret im Alltag. Das reicht bis hin zu Morddrohungen. Sie versuchen, Naturschutz völkisch zu vereinnahmen und gegen Klimaschutz auszuspielen. Die menschengemachte Klimakrise ist für sie nicht existent. Rechtsextreme richten sich auch gegen Wissenschaftsfreiheit und Medien wie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wissenschaftliche Befunde zu Klimakrise, Artensterben, Schadstoffbelastungen oder den Folgen von Naturzerstörung werden gezielt verzerrt oder als bloße Meinung dargestellt. Demokratie lebt vom Ringen um die besten Wege in einer gemeinsamen Wirklichkeit. Wo Fakten beliebig werden, ist wirksamer Umwelt- und Naturschutz und eine fundierte fachliche Arbeit unmöglich. Der BUND arbeitet auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und macht deren Bedeutung für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz öffentlich sichtbar. Der BUND steht ebenso für eine kritische, von politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme unabhängige Wissenschaft. Denn wissenschaftlicher Streit über Methoden, Daten und Schlussfolgerungen ist notwendiger Bestandteil guten wissenschaftlichen Arbeitens.

Umwelt- und Naturschutz brauchen den Rechtsstaat

Beteiligungsrechte von Umweltverbänden sind aus gutem Grund Teil unseres Rechtsstaates. Denn die Natur kann nicht für sich selbst eintreten. Wir machen keine Gesetze. Die Mitwirkungs- und Klagerechte von Verbänden sorgen lediglich dafür, dass wir zumindest in einigen

Fällen Rechtsbruch verhindern und gesetzeswidrige Pläne stoppen können. In der vermeintlichen Hoffnung auf wirtschaftliche Wachstumsimpulse beschneidet die amtierende Bundesregierung diese Rechte, etwa durch das Infrastrukturzukunfts- und die Änderung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes. Dieser Rückwärtskurs im Umwelt- und Naturschutz ist angesichts der unübersehbaren ökologischen Krisen unverantwortlich. Mit Sorge sehen wir ähnliche Entwicklungen auch auf EU-Ebene. Wichtige Errungenschaften wie die NATURA 2000-Schutzgebiete, der EU-Emissionshandel, die Regelungen zum Verbrenner-Aus oder die Wasserrahmenrichtlinie sind akut bedroht. Zudem werden neue Gesetze verabschiedet, welche Natur und Mensch gefährden, wie etwa die Verordnung zur neuen Gentechnik bei Pflanzen. Die Streichung öffentlicher Mittel droht etwa bei LIFE, dem einzigen EU-Förderprogramm für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. Um den aktuellen sozialen und ökologischen Krisen wirksam entgegentreten zu können, darf die Zivilgesellschaft nicht weiter geschwächt werden. Im Gegenteil, ihre Rolle muss gestärkt werden. Demokratie braucht mehr Beteiligung, Mitwirkung und neue Gestaltungsmöglichkeiten für die vielen Menschen, die sich engagieren. Die geplante Verschärfung des Informationsfreiheitsgesetzes sowie die Streichung der Unterstützung etwa im Programm *Demokratie leben!* sind der falsche Weg.

Natur- und Umweltschutz brauchen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine starke Zivilgesellschaft. Deshalb setzen wir uns als BUND nicht nur für den Schutz der Zivilgesellschaft, sondern für eine Ausweitung ihrer Rechte, für eine Ausweitung der Demokratie ein. Dabei sind wir nicht allein – wir haben Partner aus allen gesellschaftlichen Schichten und Lagern, mit denen wir gemeinsam für eine unabhängige und rechtsstaatlich abgesicherte Zivilgesellschaft eintreten, die wirksam in politische Entscheidungen eingebunden und verlässlich gefördert ist.

Ein starker BUND für eine starke Zivilgesellschaft

Der BUND ist breit in der deutschen Gesellschaft verankert und durch unsere Mitgliedschaft bei *Friends of the Earth* gut in Europa und der ganzen Welt vernetzt. Seit mehr als 50 Jahren gestalten unsere ehrenamtlichen BUND-Gruppen und über 680.000 Mitglieder und Unterstützer*innen die lebendige Zivilgesellschaft in Deutschland mit. Das ist unsere Stärke in dieser Zeit, wo die Zivilgesellschaft so bedroht ist wie lange nicht.

<u>Solidarität im Verband und in der Zivilgesellschaft:</u>

- Aktiv beim BUND zu sein, bedeutet für uns, auch einen aktiven Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben und zum Schutz von Demokratie und Zivilgesellschaft zu leisten. Wir werden das Bewusstsein stärken, dass der Schutz von Natur und Umwelt auf Demokratie, Zivilgesellschaft sowie eine unabhängige Wissenschaft angewiesen ist.
- Wir stehen als gesamter BUND solidarisch zusammen. Bundesverband und Landesverbände werden gemeinsam geeignete Maßnahmen entwickeln, um Landesverbände, Gruppen und Mitglieder zu unterstützen, wenn sie angegriffen werden, beispielsweise durch Beratung, Krisenreaktionsmechanismen oder finanzielle Unterstützung.
- Doch unsere Solidarität geht darüber hinaus. Wir werden deshalb Bündnisse und Verbindungen mit demokratischen Akteuren stärken. Dies gilt nicht nur im Umwelt-

und Naturschutz, sondern auch in anderen Bereichen der Zivilgesellschaft, zum Beispiel mit Gewerkschaften, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Sozialverbänden, Jugendorganisationen und Wissenschaft.

- Die Gefahr, die von Angriffen auf die Zivilgesellschaft ausgeht, werden wir proaktiv kommunizieren: Ein Angriff gegen einen von uns ist ein Angriff gegen alle. Dabei achten wir auch auf kleinere Organisationen, die für ihre wichtige Arbeit nicht so viele Ressourcen zur Verfügung haben und schneller in ihrer Existenz bedroht sind.

Umgang mit politischen Akteuren:

- Von menschenfeindlichen, anti-demokratischen und rechtsextremen Akteuren und Positionen grenzen wir uns weiterhin klar und deutlich ab.
- Wir werden unsere Kontakte mit jenen Strömungen in den demokratischen Parteien stärken, die partnerschaftlich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten wollen.
- Versuche aus Strömungen innerhalb demokratischer Parteien, die Zivilgesellschaft einzuschränken, werden wir in Gesprächen mit diesen Akteuren benennen. Wir wollen sie für eine Zusammenarbeit mit uns und der Zivilgesellschaft zurückgewinnen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, die Beteiligungsrechte der Zivilgesellschaft auszuweiten, statt sie zu beschneiden. Denn Teilhabe ist es, was unsere Gesellschaft krisenfest macht.